

Wie wir unseren Wohlstand langfristig sichern

Beschluss der AG Umwelt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 16.12.2025

Mit unserer Wirtschaft muss es wieder aufwärts gehen! Dies erfordert politisches Handeln. Die Ursachen für die derzeitige Krise der Wirtschaft sind vielfältig und reichen beispielsweise von zu hohen Arbeits- und Bürokratiekosten bis hin zu gestiegenen Energiepreisen infolge des russischen Angriffskriegs. In diesem Zusammenhang wird die Forderung laut, den Klimaschutz in Deutschland und Europa zurückzuschrauben. Ein bloßes Zurückschrauben jedoch würde viel zu kurz greifen. Denn wir haben nicht nur eine Wirtschaftskrise, sondern müssen auch dem Klimawandel begegnen. Die rasant fortschreitende Erderwärmung mit all ihren Folgen erfordert ebenso politisches Handeln.

Unseren langfristigen Wohlstand werden wir nur sichern können, wenn es gelingt, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren. Nur so können auch in 20 und 30 Jahren unsere Kinder gut, sicher und gesund leben.

Die Erderwärmung und ihre drohenden Folgen heute zu ignorieren, würde langfristig unseren Wohlstand und unsere Gesundheit gefährden. Unser Ziel ist daher, eine starke Wirtschaft mit Klimaschutz zu verbinden. Für uns ist die Wirtschaft dabei nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung.

Deutschland hat dabei bereits viel erreicht: Wir haben seit 1990 die Emissionen um die Hälfte reduziert und gleichzeitig die reale Wirtschaftsleistung um die Hälfte erhöht. Der Anteil deutscher Exporte grüner Technologie am Welthandel liegt bei 13%. Zum Vergleich: Der deutsche Anteil am Welthandel beträgt unter 7%. In einer Reihe von Technologien, beispielsweise moderne Batterietechnik und der nächsten Generation von Solaranlagen sind wir weltweiter Innovationsführer. Diesen Vorsprung müssen wir nutzen. Häufig sind es gerade mittelständische Unternehmen, die davon profitieren.

Wir wollen ein klimaneutrales Industrieland werden. CO₂-Emissionen sollen Schritt für Schritt reduziert werden, ohne auf dem Weg dahin die Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Es geht daher nicht um das *Ob* beim Klimaschutz, sondern um das *Wie*. Wirtschaft, Umwelt und Soziales sind für uns keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Und wer, wenn nicht Deutschland, ist in der Lage, genau das zu schaffen?

Dieser 10-Punkte-Plan ist ein Impuls, wie dies besser gelingen kann.

10-Punkte-Plan: Wie wir unseren Wohlstand langfristig sichern

1. Marktwirtschaftliche Instrumente stärken

Wir setzen grundsätzlich insbesondere auf marktwirtschaftliche Instrumente, um auf effiziente Weise CO₂-Emissionen zu reduzieren. Damit haben wir auch ein Gegenmodell zu überbürokratischen, kleinteiligen Vorgaben, die vorschreiben, was im Detail zu tun und was zu lassen ist. CO₂-Reduktion muss zu einem Geschäftsmodell werden, das Investitionen belohnt. Deutschland ist dabei schon Vorreiter: Viele GreenTech-Branchen wachsen überdurchschnittlich und deutsche Unternehmen sind bereits vielfach Weltmarktführer. Diese Dynamik bietet Chancen, sich technologisch an die Spitze zu setzen und aus Klimaschutz wirtschaftliche Stärke zu entwickeln.

2. Den Emissionshandel ETS-1 für Industrie und Energie anpassen

Zentrales Klimaschutzinstrument in der EU ist der marktwirtschaftliche Emissionshandel ETS-1, den wir beibehalten sollten. Es ist jedoch unlogisch, dass dem ETS-1 unterliegende Unternehmen früher klimaneutral werden sollen als die Bereiche, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Es braucht daher für diese Industrie jetzt eine Perspektive über das Jahr 2039 hinaus: Zertifikate müssen auch danach verfügbar sein. Es sollen in diesem Zusammenhang insbesondere verstärkt die Möglichkeiten für den Einsatz von Negativemissionszertifikaten und die Anrechnung von Klimaschutzleistungen gemäß Artikel 6 des Pariser Abkommens im Emissionshandel genutzt werden.

Unternehmen brauchen für Investitionsentscheidungen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Um Preissprünge bei den Emissionszertifikaten zu vermeiden, sollten Preiskorridore im Emissionshandelssystem vorgegeben werden.

Die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten war als Schutz für die im internationalen Wettbewerb stehende Industrie gedacht. Dieser Schutz sollte nicht aufgegeben werden, solange bis der angedachte Schutz mithilfe des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM nicht effektiv und bürokratiearm funktioniert. Daher ist die kostenlose Zuteilung der Zertifikate fortzuführen. Dies hätte zur Folge, dass zwar der Staat vergleichsweise weniger Einnahmen aus dem Verkauf der Zertifikate (aktuell sind dies etwa 5 Mrd. Euro pro Jahr) hätte. Im Gegenzug aber würde unsere Industrie entlastet und hätte mehr Spielraum, um am hiesigen Standort zu investieren. Da die Gesamtmenge an Emissionsrechten dadurch nicht erhöht würde, würden die Klimaziele nach wie vor erreicht.

3. CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM unbürokratisch gestalten

Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM schafft in seiner aktuellen Ausgestaltung erhebliche Probleme. Notwendig ist ein unbürokratisches System ohne Schlupflöcher, das an die CO₂-Intensität der Herkunftsländer anknüpft. Dabei sollte pauschal mit Standardwerten gearbeitet werden können. CBAM bietet in seiner bisherigen Ausgestaltung auch keine Lösung, um Wettbewerbsnachteile für exportierende Unternehmen auszugleichen. Daher sollten den heimischen Unternehmen CO₂-Kosten beim Export ihrer Waren anteilig

rückerstattet werden (analog der Mehrwertsteuererstattung beim Export). Dies ist ein wichtiger Baustein zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen.

4. ETS-2 einführen und verlässlich gestalten

Der europäische Emissionshandel für Gebäude und Verkehr ETS-2 muss kommen, da er gut sowohl für das Klima als auch für unsere Wettbewerbsfähigkeit ist. Er kann zudem überbordende Detailregelungen für diese Bereiche ersparen. Es ist in unserem ureigensten Interesse, dass es zu einer gemeinsamen europäischen Lösung kommen wird. Sorgen vor Preissprüngen und zu hohen Preisen nehmen wir dabei ernst. Um diese zu vermeiden und die Sorgen zu nehmen, sollte das System dahingehend reformiert werden, dass (analog zu unserer Forderung hinsichtlich ETS-1) Preiskorridore eingeführt werden. Das verhindert extreme Preissprünge und schafft Vertrauen. Bis zum Start des ETS-2 im Jahr 2028 gilt für uns: Der nationale CO₂-Preis soll 2027 im Vergleich zu 2026 nicht weiter steigen. Wettbewerbsnachteile sind stärker als bisher zu kompensieren.

5. Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung vollständig zurückgeben

Die CO₂-Bepreisung darf nicht zu einem Einnahmeninstrument des Staates werden. Die Einnahmen aus den Emissionshandelssystemen ETS-1 und ETS-2 müssen vollständig an Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zurückgegeben werden. Hierzu soll das Bundesfinanzministerium jährlich Bericht erstatten. Die Einnahmen sollen unter anderem für die Senkung der Stromsteuer für alle auf das europäische Minimum verwendet werden. Günstige Strompreise befördern zugleich Elektromobilität und klimaneutrale Technologien im Gebäudesektor.

6. Infrastruktur massiv beschleunigen

Der Staat muss im Bereich Infrastruktur die Voraussetzungen für die Transformation schaffen. Der Netzausbau beziehungsweise Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Digitalisierung in diesem Bereich müssen erheblich beschleunigt werden. Eine Ladeinfrastruktur für E-Pkw und E-Lkw muss flächendeckend verfügbar sein (auch andere klimaneutrale Optionen im Verkehrsbereich sind zu ermöglichen). Die Verfügbarkeit von Wasserstoff für unsere Industrie muss sichergestellt werden. Entsprechende Erzeugungskapazitäten werden wir im Mobilitätssektor über entsprechende THG-Quoten und im Gebäudesektor über die Grüngasquote anreizen. Die technisch bewährte Elektrifizierung der Schiene muss prioritär vorangetrieben werden.

7. CO₂-Kreislaufwirtschaft konsequent voranbringen

Technologien wie die Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung (CCS), perspektivisch auch die Entnahme von CO₂ aus der Luft, helfen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir denken dabei aber immer auch einen Schritt weiter und wollen, dass CO₂ und Kohlenstoff als Rohstoff betrachtet wird und Teil einer CO₂-Kreislaufwirtschaft wird (CCU). CO₂ ist kein Abfallprodukt, sondern ein Rohstoff für neue Produkte, zum Beispiel synthetische Kraftstoffe. Dazu gehören Anreize, fossile Rohstoffe sukzessive durch erneuerbare Rohstoffe zu ersetzen.

8. Produkte fernhalten, die nicht unseren Standards entsprechen

Produkte, die nicht europäischen Umwelt-, Sicherheits- und Qualitätsstandards entsprechen, sollen nicht auf den europäischen Markt gelangen. Das hilft unserer Wettbewerbsfähigkeit, stärkt den europäischen Binnenmarkt und schützt Arbeitsplätze.

9. International Verbündete finden

Internationale Klimakonferenzen können durch das Einstimmigkeitsprinzip nur begrenzt weitergehende Ergebnisse liefern. Deutschland und die Europäische Union sollten daher verstärkt mit den Staaten die Partnerschaft ausweiten, die ebenfalls ambitioniert im Klimaschutz vorangehen, und mit diesen Staaten verstärkt Handelshemmnisse abbauen. Ziel muss es weiterhin sein, einen globalen CO₂-Emissionshandel aufzubauen und diesen um eine Vergütungskomponente für Kohlenstoffbindung zu ergänzen.

10. Forschung und Entwicklung vorantreiben

Ein stärkeres Engagement Deutschlands und der EU in der Forschung zu Umweltschutztechnologien würde die heimische Wettbewerbsfähigkeit stärken. Forschung und Entwicklung wird deshalb von der Bundesregierung z. B. für die Kernfusion beschleunigt vorangetrieben. Unser Ziel: Der erste Fusionsreaktor der Welt wird in Deutschland aufgebaut.